

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Andreas Grutzeck, Silke Seif, David Erkalp,
Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Auch in Krisenzeiten darf in Hamburg niemand hungern! – Hamburger
Tafel und Lebensmittelausgabestellen finanziell unterstützen**

Seit Mitte der Neunzigerjahre sammelt die Hamburger Tafel überschüssige Lebensmittel im Handel und bei Herstellern ein und verteilt diese an insgesamt 31 Lebensmittelausgabestellen in und um Hamburg. Darüber hinaus gibt es in Hamburg zahlreiche weitere Lebensmittelausgabestellen. Durch dieses Modell übernehmen die Lebensmittelhändler und -hersteller soziale Verantwortung und gleichzeitig erhalten Bedürftige für wenig Geld oder sogar kostenlos qualitativ hochwertige Nahrungsmittel. So hat die Hamburger Tafel schon vielen Hamburgerinnen und Hamburgern durch schwere Zeiten geholfen. Für uns als CDU-Fraktion steht die Relevanz der Tafel außer Frage. Wir rechnen allen Beteiligten, vor allem den vielen Ehrenamtlichen, ihre Leistung hoch an.

Klar ist aber auch, dass das langfristige Ziel sein muss, dass niemand in Hamburg auf Unterstützung bei der Versorgung des täglichen Lebensmittelbedarfs angewiesen sein darf. Die aktuelle Situation, die geprägt ist durch Nachfolgen der Pandemie, Krieg, explodierende Energiepreise und eine hohe Inflation, erfordert aber ausreichend Hilfe – mehr als zuvor. Seit Wochen und Monaten gibt es einen immer stärker werdenden Zulauf an Bedürftigen. Zum einen müssen viele Geflüchtete aus der Ukraine versorgt werden. Zum anderen aber auch Menschen mit geringerem Einkommen, für die die immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten eine große Belastung darstellen. Hinzu kommt, dass auch viele Unternehmen mit Versorgungsengpässen zu kämpfen haben und weniger Lebensmittel abgeben können.

Bereits mehrfach hat die Hamburger Tafel öffentlich Alarm geschlagen, weil es zu wenige Lebensmittelspenden für den gestiegenen Bedarf gibt. Bedürftige mussten zum Teil mit leeren Händen weggeschickt und Aufnahmestopps an Ausgabestellen verhängt werden. Zwar konnten über die kürzlich durchgeführten Spendenaktionen in großen Hamburger Einkaufszentren eine Reihe an zusätzlichen Spenden generiert werden, doch für den Winter braucht es Planungssicherheit. Es muss sichergestellt werden, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger so gut wie möglich durch die herausfordernde Zeit kommen – dazu gehört vor allem, dass niemand hungern darf!

Die problematische Situation der Tafeln beschränkt sich nicht nur auf Hamburg oder den Norden. In ganz Deutschland hat man hiermit zu kämpfen und ist einer Lösung zum Teil schon deutlich näher, als es in Hamburg der Fall ist. Die CDU-geführte Landesregierung Nordrhein-Westfalens beispielsweise hat zur Abfederung steigender Energie- und Lebensmittelpreise ein Hilfspaket in Höhe von rund 2 Millionen Euro für die Tafeln und weitere Einrichtungen der Lebensmittelverteilung in Nordrhein-Westfalen geschnürt. Damit soll gewährleistet werden, dass der Betrieb der Tafeln weiterlaufen kann und somit bedürftige Menschen weiter ausreichend versorgt werden. Insgesamt stehen lokalen Tafeln und Lebensmittelverteilern pro Einrichtung für den Zeitraum zwischen Oktober 2022 bis Februar 2023 7.500 Euro zur Verfügung.

Wir fordern den Hamburger Senat auf, nicht mehr wegzusehen, sondern dem Vorbild anderer Bundesländer zu folgen und die Hamburger Tafel und die zahlreichen Lebensmittelausgabestellen finanziell zu unterstützen, bis sich die Lage wieder entspannt hat.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein finanzielles Sofortprogramm für die Hamburger Tafel e.V. und Lebensmittelausgabestellen in Hamburg aufzulegen, damit ausreichend Lebensmittel für Bedürftige in der aktuellen Situation vorhanden sind und der Betrieb trotz steigender Kosten regelhaft weiterlaufen kann, und dieses bis mindestens Ende März 2023 laufen zu lassen;
2. dafür Sorge zu tragen, dass die aus dem Hilfspaket abgerufenen Mittel ausreichend sind, um den Betrieb der Hamburger Tafel e.V. und der Lebensmittelausgabestellen in Hamburg zu gewährleisten;
3. rechtzeitig vor Ende der Laufzeit mit der Hamburger Tafel e.V. und den Lebensmittelausgabestellen ins Gespräch zu treten, zu evaluieren und gegebenenfalls die Möglichkeit einer Verlängerung auszuloten;
4. der Bürgerschaft ist bis zum 31.12.2023 entsprechend zu berichten.